

Diekmann, Achim; Franke, Horst; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Die Erwartungen der Industrie für 1994

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Diekmann, Achim; Franke, Horst; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen (1993) : Die Erwartungen der Industrie für 1994, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 12, pp. 615-624

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137070>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Erwartungen der Industrie für 1994

*Für das kommende Jahr wird von Konjunkturbeobachtern mit einer Überwindung der gegenwärtigen Rezession gerechnet. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 1994 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik?*

Achim Diekmann

## Automobilindustrie: Die Talsohle ist noch nicht durchschritten

Die Automobilindustrie mußte 1993 ihren bisher schwersten Produktionseinbruch seit dem Abschluß des Wiederaufbaus nach dem II. Weltkrieg hinnehmen. Die Zahl der hergestellten Fahrzeuge sank auf 4 Mill. Einheiten, das waren ein Viertel weniger als im Jahr zuvor. Während die Normalisierung der Inlandsnachfrage vorauszusehen war, hatte niemand das Ausmaß des Absatzrückganges in den europäischen Nachbarländern erahnt. So blieb den Automobilherstellern der Weg versperrt, den sie in früheren Konjunkturzyklen erfolgreich beschritten hatten. Ein Ausgleich für die Absatzverluste im Inland durch den Export war diesmal nicht möglich, vielmehr ließ die Verschärfung des Wettbewerbs auf den von der Rezession geprägten Märkten die zuvor durch den zu niedrigen Wechselkurs der DM überdeckten Kostennachteile der deutschen Hersteller immer deutlicher hervortreten.

Dabei war der deutschen Automobilindustrie das Schicksal eines Produktionseinbruchs zunächst erspart geblieben. Der Wunsch der Menschen in Ostdeutschland, sich nach westlichem Standard zu motorisie-

ren, hatte die Neuzulassungen von Automobilen in den Jahren 1991 und 1992 auf ein bis dahin nicht erlebtes Niveau emporschnellen lassen. In der Kraftfahrzeugdichte gibt es zwischen Ostdeutschland mit 430 Pkw je 1000 Einwohnern und dem westdeutschen Niveau (500 Pkw je 1000 Einwohner) kaum noch einen Unterschied. Diesem Aufholeffekt, der über den Gebrauchtwagenabfluß auch dem westdeutschen Markt beachtliche Anstöße vermittelt hatte, folgt jetzt zunächst einmal eine Periode zurückhaltender Nachfrage nach neuen Fahrzeugen.

Dies um so mehr, als sich die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung zu einem konjunkturellen Belastungsfaktor erster Ordnung zu entwickeln beginnt. Die Unfähigkeit der Politik, den Subventionsabbau voranzubringen – statt dessen werden den bereits vorhandenen Subventionen weiter neue hinzugefügt (z.B. Bundeszuschüsse an die Länder im Rahmen der Bahnreform) –, und die logische Folge dieser Politik, nämlich das immer festere Anziehen der Steuerschraube in Bereichen, in denen man glaubt, sich dies leisten zu können – wie beispielsweise bei

der Mineralölsteuer –, wird die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte in Ost und West in den kommenden Monaten stark belasten.

Die zum 1. Januar 1994 wirksam werdende Anhebung der Mineralölsteuer um 16 Pfennige beim Vergaserkraftstoff wird das Benzin um rund 18 Pfennige verteuern, da auf diese Steuer noch die Mehrwertsteuer aufgeschlagen wird, ein weitgehend unbeachteter zusätzlicher Beutezug des Finanzministers. Dieselfkraftstoff wird zwar mit einer geringeren Mineralölsteuererhöhung davonkommen, doch wird parallel hierzu die Kfz-Steuer für Dieselfahrzeuge angehoben. Gleichzeitig werden die Autofahrer mit den Kosten der neuen Abgassonderuntersuchung für Katalysatorfahrzeuge sowie mit höheren Prämien für die Kfz-Versicherung belastet.

Dies ist jedoch nur die erste Welle der Attacke, die im kommenden Jahr auf das Portmonnaie des Konsumenten geritten wird. Neben der gezielten steuerlichen Belastung der Autofahrer zehren höhere Sozialversicherungsbeiträge und deutlich steigende kommunale Gebühren und Abgaben an den disponiblen

Einkommen der Haushalte in Ost und West. Auch der Blick auf das Jahr 1995 wird die Verbraucher kaum ermutigen, ist doch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags bereits beschlossene Sache. Daß das Anspruchsdenken der Länder zu der wachsenden Steuer- und Abgabenlast das Seine beigetragen hat, erhöht das allgemeine Unbehagen gegenüber der Politik, das sich in Deutschland auszubreiten beginnt.

Wie sich die Bundesregierung vorstellt, nach diesem Strickmuster im Superwahljahr 1994 einen Aufschwung herbeizuführen oder gar den Standort Deutschland stärken zu wollen, bleibt ihr Geheimnis. Für die Erholung des Automobilmarktes sind dies jedenfalls denkbar schlechte Voraussetzungen. Daher wird in der Branche auch damit gerechnet, daß dem 1993 eingetretenen scharfen Rückgang der Pkw-Neuzulassungen um ein Fünftel 1994 eine weitere Abschwächung folgen wird. Dem Steueraufkommen wird dies nicht guttun.

Auf den übrigen europäischen Automobilmärkten kam es 1993 zu Rückgängen beträchtlichen Ausmaßes. Insgesamt schrumpften die Pkw-Neuzulassungen in Westeuropa um rund ein Sechstel. Lediglich in Großbritannien, das bereits eine ausgedehnte Rezessionsphase hinter sich hat, trat eine deutliche Erholung ein. Neben dem schwindenden Marktvolumen bekamen die deutschen Automobilhersteller zusätzlich die sich gegenseitig verstärkenden Auswirkungen der Höherbewertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen und des hohen inländischen Kostenniveaus zu spüren. Auf den meisten Märkten verschoben sich die Marktanteile zu ihren Ungunsten. Lediglich dort, wo die Märkte aus den kostengünstiger arbeitenden Fertigungsstätten deutscher Hersteller im Ausland bedient werden konnten,

gelang es, die Marktpositionen einigermaßen zu halten. Von der Erholung des US-Marktes, an dem die deutsche Automobilindustrie nur noch mit wenig über 2% beteiligt ist, konnten die Hersteller in der Bundesrepublik bisher nur wenig profitieren. Auch in Japan, wo die Automobilkonjunktur 1993 weiter nach unten tendierte, haben die deutschen Hersteller einen schweren Stand, obwohl der technologische Standard ihrer Fahrzeuge gerade dort, wie die Tokyo Motor Show vor wenigen Monaten gezeigt hat, hoch geschätzt wird.

Angesichts der schwachen Verfassung der meisten Auslandsmärkte und einer angeschlagenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte auf dem Weltmarkt fiel die deutsche Pkw-Ausfuhr 1993 auf fast 2 Mill. Einheiten zurück und damit noch unter das Niveau von 1983. Eine durchgreifende Erholung der für die deutsche Automobilindustrie wichtigen westeuropäischen Märkte zeichnet sich bisher nicht ab. Andererseits besteht

Die Autoren  
unseres  
Zeitgesprächs:

*Prof. Dr. Achim Diekmann, 61, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. in Frankfurt/Main.*

*Horst Franke, 43, Rechtsanwalt, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Wiesbaden/Bonn.*

*Dr. Franz-Josef Wissing, 54, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.*

*Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 57, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.*

nach vier Jahren Rezession auf den europäischen Automobilmärkten Grund zur Hoffnung, daß die fällig werdende Ersatznachfrage allmählich dazu beitragen könnte, die Märkte aus ihrer Erstarrung zu lösen. Auf diese Hoffnung gründet sich die Erwartung einer geringfügigen Steigerung des Exportvolumens für das nächste Jahr.

Unausgelastete Kapazitäten und erhebliche Ertragseinbußen bei den Spediteuren, den Fuhrunternehmern und den im Eigenverkehr Fahrzeuge einsetzenden Unternehmen der produzierenden Wirtschaft und des Handels haben 1993 auch beim Nutzfahrzeugabsatz zu einem scharfen Einbruch geführt. Mit einem Absatzrückgang von rund einem Viertel beim Export wie bei den Inlandszulassungen war er sogar noch ausgeprägter als beim Pkw-Absatz. Bei nahezu stagnierender Industrieproduktion und einem abermaligen Rückgang des privaten Verbrauchs werden sich die Investoren im Inland auch 1994 zurückhalten und – so ist zu befürchten – ihre Nutzfahrzeugkäufe nochmals verringern. Wie im Pkw-Sektor auch richten sich die Hoffnungen auf eine leichte Nachfragebelebung im Ausland. Doch auch die Nutzfahrzeughersteller spüren das Kosten-Handicap des Standorts Deutschland. Dies schmälert möglicherweise ihre Chancen, an der erhofften Ausweitung des ausländischen Marktvolumens teilzuhaben.

Angesichts dieser insgesamt wenig ermutigenden Absatzperspektiven im Pkw- wie im Nutzfahrzeugsektor wird die Automobilproduktion auf dem niedrigen Stand, den sie in diesem Jahr erreicht hat, wohl noch eine Zeitlang verharren. Mit anderen Worten, die Hoffnung auf eine durchgreifende Erholung der Automobilkonjunktur wird sich 1994 nicht erfüllen.

Die Probleme, mit denen sich die deutsche Automobilindustrie heute auseinanderzusetzen hat, sind in-

dessen keineswegs nur das Ergebnis des Nachfrageeinbruchs, dem nach allen Erfahrungen über kurz oder lang ein konjunktureller Aufschwung folgt. Sie sind vielmehr zugleich ein Spiegelbild der Standortnachteile in Gestalt von hohen Lohnkosten, zu kurzen Arbeitszeiten, inflexiblen Arbeitszeitregelungen, viel zu hohen Steuerbelastungen, administrativen Hemmnissen sowie eines auf Anspruchsdenken fixierten politisch-gesellschaftlichen Umfelds. Sie sind darüber hinaus, auch dies soll nicht verschwiegen werden, ein Produkt der Personalüberhänge, die sich in einer langen Periode des Wachstums herausgebildet haben, und damit das Ergebnis von Verkruzungen und Ineffizienzen, die jetzt überwunden werden müssen.

Die Automobilindustrie steht deswegen nicht an der Klagemauer. Sie bedarf in dieser Situation auch nicht des „wohlgemeinten“ Rates von Politikern, die durch ihre Politik mit dazu beigetragen haben, die heute weitverbreitete, den Wandel hindernde Anspruchs- und Versorgungsmentalität zu nähren. Was sie braucht, ist eine Absicherung ihrer unternehmerischen Handlungsspielräume.

Die Debatte, mit der die Politik beabsichtigt, im Wahljahr 1994 das

Standortproblem und damit die Kernfrage der Gestaltung der Zukunftsperspektiven Deutschlands anzugehen, kommt zu spät, um Arbeitsplätze in Deutschland sichern zu helfen. Als Industriestandort wird Deutschland weiter an Boden verlieren. Dies gilt auch für Teilbereiche der automobilen Wertschöpfung. Die historischen Automobilstandorte in der Bundesrepublik haben wenig Chancen, in ihrer heutigen Form zu überleben. An ihre Stelle werden neue Organisationsstrukturen mit deutlich verringertem Integrationsgrad und einer wesentlich sparsameren Personalausstattung treten.

In der die Automobilhersteller stützenden Wertschöpfungskette, die ebenso wie die sich im Endfertigungsbereich neu herausbildenden Produktionsstrukturen zur Minderung der Produktionskosten und damit zur Wiederherstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hersteller beitragen muß, ist der Wandel bereits in vollem Gange. Er zeichnet sich durch einen verstärkten Rückgriff auf ausländische Bezugsquellen und auf der Ebene der Teile- und Komponentenhersteller durch eine kompromißlose Politik der Produktionsverlagerung ins Ausland aus. Der deutschen Volkswirt-

schaft gehen damit unwiederbringlich Arbeitsplätze verloren, die sie gerade jetzt bitter nötig hätte. Für die mittelständischen, aber längst schon global ausgerichteten Unternehmen dieser Branche aber ist dies die einzige Chance zu überleben. Die Arbeitsplätze in Deutschland sind im internationalen Vergleich zu teuer geworden.

Befragungen erlauben auch, die Größenordnung der Wertschöpfungsverluste zu beziffern, die sich aus der Doppelstrategie einer auf allen Wertschöpfungsstufen zunehmend global ausgerichteten Beschaffungspolitik und der sich parallel hierzu vollziehenden Neu-Optimierung der räumlichen Produktionsstrukturen für den Standort Deutschland ergeben. Sie werden im kommenden Jahr vermutlich fast ein halbes Prozent des deutschen Sozialprodukts betragen. Dies ist zwar, ebenso wie der 1993 durch den Einbruch der Automobilkonjunktur bedingte Wachstumsverlust, der etwa eineinhalb Prozent des deutschen Sozialprodukts gekostet hat, eine marginale Größe. Aber im Leben einer Volkswirtschaft sind es diese marginalen Größen, die den Unterschied zwischen Wachstum und Rezession ausmachen.

Horst Franke

## Bauwirtschaft: Abschwung im Westen, Aufschwung im Osten

**D**ie deutsche Volkswirtschaft steckt zur Zeit in einer tiefen Rezession: In Westdeutschland wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1993 erstmals seit 1982 wieder zurückgehen – und zwar um real 2%. In Ostdeutschland wird das Bruttoinlandsprodukt zwar um real 6% wachsen; die strukturelle Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft ist jedoch noch

nicht überwunden. Die deutsche Bauwirtschaft ist von dieser allgemeinen konjunkturellen und strukturellen Schwäche der deutschen Volkswirtschaft ganz unterschiedlich betroffen: In Westdeutschland gerät die Bauwirtschaft allmählich in den Sog des gesamtwirtschaftlichen Abschwungs. In Ostdeutschland gehört sie zu den wenigen Branchen, die

zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage beitragen.

Für die deutsche Bauwirtschaft stellen sich damit zum Jahreswechsel 1993/94 zwei Fragen: Ist der Abschwung im Westen noch zu stoppen? Und: Gelingt es, den Bauaufschwung in den neuen Bundesländern zu stabilisieren?

In Westdeutschland haben sich

1993 die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft drastisch verschlechtert:

□ Die Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft hat stark unter der allgemeinen Konjunkturschwäche gelitten. Die Folge: ein Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen von real 4%.

□ Der investive Handlungsspielraum der öffentlichen Gebietskörperschaften ist enger geworden. Die Steuereinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr nur noch um 1% gewachsen. Der Schuldenberg der öffentlichen Gebietskörperschaften stieg auf 1200 Mrd. DM, die Zinslastquote der öffentlichen Haushalte auf gut 8%. Die Folge: ein Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen von real 3 bis 4%.

□ Auch der finanzielle Bewegungsspielraum der privaten Haushalte ist 1993 kleiner geworden. Die verfügbaren Einkommen stiegen nur noch um nominal 2%. Sie konnten damit noch nicht einmal die Preissteigerung von 4% ausgleichen. Allerdings sind diese verschlechterten Rahmenbedingungen 1993 noch nicht auf den Wohnungsbau durchgeschlagen. Aufgrund der Engpässe am Wohnungsmarkt, aber auch dank des niedrigen Zinsniveaus und staatlicher Förderungsmaßnahmen sind die Wohnungsbauinvestitionen deutlich angestiegen – und zwar um real 5%.

Der westdeutsche Wirtschaftsbau kann 1994 noch nicht auf verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen hoffen. Zwar erwartet die Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute, daß die Talsohle des Konjunkturabschwungs 1994 erreicht ist; diese Stabilisierung wird sich aber aufgrund der vorhandenen Kapazitätsreserven noch nicht auf den Baubereich auswirken. Eher ist mit einem weiteren Rückgang der Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft zu rechnen:

□ Etwa 40% aller Unternehmen wollen nach der DIHT-Herbstumfrage ihre Investitionen zurückfahren. Nur 15% wollen mehr investieren.

□ Diese Investitionszurückhaltung schlägt sich schon jetzt in einem sinkenden Auftragsvolumen im Bauhauptgewerbe nieder. Im dritten Quartal 1993 lag die Summe der Auftragsgänge aus der gewerblichen Wirtschaft um 6,6% unter dem Vorjahresniveau. Für die ersten drei Quartale errechnet sich ein Minus von real 8,7%.

□ Auch das Volumen der Baugenehmigungen im Wirtschaftshochbau deutet auf einen weiteren Rückgang hin. Das Genehmigungsvolumen lag in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 um über 15% unter dem Vorjahresniveau. Besonders betroffen war der Bau von Fabrik- und Werkstattgebäuden (-34,8%).

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie geht deshalb davon aus, daß sich der Abschwung im Wirtschaftsbau 1994 weiter fortsetzen, vielleicht sogar beschleunigen wird. Wir erwarten einen Rückgang des Wirtschaftsbauvolumens um real 4%.

Auch im öffentlichen Bau Westdeutschlands ist eher mit einer Beschleunigung des Abschwungs als mit einer Stabilisierung des Auftragsniveaus zu rechnen:

□ Der Bund steht vor einer Fülle ungelöster Finanzprobleme. Das Haushaltsdefizit steigt 1994 voraussichtlich auf fast 70 Mrd. DM; die Zinslastquote auf 11%. Mit anderen Worten: Der Investitionsspielraum des Bundes wird immer enger. Der Bund wird deshalb 1994 entsprechend weniger für Baumaßnahmen ausgeben. Vor allem der Straßenbausetat muß als „Steinbruch der Haushaltskonsolidierung“ herhalten; die für Westdeutschland vorgesehenen Investitionsmittel werden um etwa 1 Mrd. DM gekürzt.

□ Die westdeutschen Bundesländer haben bereits jetzt angekündigt, daß sie mit Blick auf die anstehende Neuordnung des Länderfinanzausgleichs zum 1. Januar 1995 eine vorsichtigeren Ausgabenpolitik fahren werden. So will Nordrhein-Westfalen bereits 1994 die Zweckzuweisungen an die Kommunen kürzen.

□ Die westdeutschen Kommunen – noch immer Hauptauftraggeber der Bauwirtschaft im öffentlichen Bereich – schlagen inzwischen Alarm. Sie klagen nicht nur über stagnierende Steuereinnahmen, sondern auch über zunehmende Lasten im Zusammenhang mit der Zahlung von Sozialhilfe.

Die westdeutschen Unternehmen, die im öffentlichen Bau tätig sind, müssen sich also auf weitere Auftragsseinbrüche einstellen. Das Auftragsvolumen ist im dritten Quartal 1993 um real 1,4% gesunken. Für die ersten drei Quartale des Jahres 1993 ergibt sich damit ein Minus von 3,1%. Vor diesem Hintergrund ist im öffentlichen Bau 1994 mit einem Rückgang des öffentlichen Bauvolumens von real 4% zu rechnen.

Lediglich vom westdeutschen Wohnungsbau sind im nächsten Jahr positive Impulse zu erwarten. Sicherlich wird der Finanzierungsspielraum der privaten Haushalte enger werden; der Zuwachs der verfügbaren Einkommen – voraussichtlich etwa 1% – wird deutlich unter der Preissteigerungsrate liegen. Dieser Effekt wird jedoch 1994 gleich mehrfach kompensiert:

□ Das Zinsniveau liegt zur Zeit unter seinem langjährigen Durchschnitt.

□ Der Schuldzinsenabzug wird Ende 1994 auslaufen. Möglichst viele private Haushalte werden deshalb ihre Wohnungsbauprojekte vorziehen, um noch in den Genuß der Förderung zu kommen.

□ Der Engpaß auf dem Wohnungsmarkt zwingt viele private Haushalte dazu, auch hohe Mieten zu akzeptieren. Der Bau von Mietwohnungen bleibt insoweit rentabel, der Anreiz zur Eigentumbildung bleibt bestehen.

Die westdeutschen Unternehmen, die im Wohnungsbau tätig sind, können sich deshalb 1994 auf ein gutes Baujahr einstellen. Das Volumen der Wohnungsbauaufträge lag im dritten Quartal 1993 um real fast 25% über dem Vorjahresniveau. Für die ersten drei Quartale des Jahres 1993 errechnet sich ein Plus von über 15%. 1993 hat die Zahl der Baugenehmigungen 500000 Einheiten überschritten. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie rechnet deshalb für 1994 mit einem Zuwachs der Wohnungsbauinvestitionen von real mindestens 4%. Die Zahl der Fertigstellungen wird voraussichtlich auf 490000 Einheiten steigen (1993: 430000).

Im Vergleich zu Westdeutschland haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Bauwirtschaft 1993 eher verbessert:

□ Die westdeutschen Investoren haben – trotz der schon 1992 unbefriedigenden Entwicklung in Westdeutschland – ihre Investitionspläne nicht revidiert. Der Wirtschaftsbau konnte Zuwachsraten von real 18% verbuchen.

□ Die Einkommenssituation der privaten Haushalte hat sich 1993 trotz der unverändert hohen Arbeitslosigkeit eher verbessert. Die verfügbaren Einkommen sind um 9,5% gestiegen, die Preise nur um etwa 8%. Daneben hat sich aber auch – dank der Lösung der Altschuldenfrage und der Förderprogramme des Bundes – der Investitionsspielraum der Wohnungsbaugesellschaften vergrößert. Damit konnte auch der Wohnungsbau den Anschluß an den Bauaufschwung Ost finden (Wohnungsbauvolumen: real + 35%).

□ Lediglich im öffentlichen Bau haben sich 1993 – aufgrund des Wegfalls des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost – die Rahmenbedingungen verschlechtert. Trotzdem konnte aber noch ein Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von real 10% erzielt werden.

Im Jahre 1994 droht allerdings dem ostdeutschen Wirtschaftsbau, in den Sog des westdeutschen Abschwungs zu geraten. Nach der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages wollen nur noch 28% der westdeutschen Unternehmen 1994 ihre Investitionsausgaben in den neuen Bundesländern steigern. Ebenso viele wollen 1994 weniger investieren. Lediglich im Handel und im Dienstleistungsbereich ist noch eine stärkere Investitionsneigung zu erkennen. Mit anderen Worten: Eine weitere Steigerung der Investitionsausgaben der westdeutschen Unternehmen ist 1994 nicht zu erwarten.

Sicherlich ist diese scheinbare Investitionszurückhaltung zu einem Teil daraus zu erklären, daß immer mehr Unternehmen ihre ostdeutschen Investitionspläne „vor Ort“ über eigene Niederlassungen und Beteiligungsgesellschaften realisieren. Dafür spricht auch, daß 35% der ostdeutschen Unternehmen 1994 ihre Investitionsausgaben erhöhen wollen (geringere Investition: 27%). Allerdings hat sich auch hier die Investitionsneigung gegenüber dem Februar 1993 abgeschwächt. In der aktuellen Auftragsentwicklung läßt sich jedoch diese Tendenz noch nicht nachweisen. Das Auftragsvolumen der gewerblichen Wirtschaft wuchs auch im dritten Quartal 1993 um real 23,2%. Für die ersten drei Quartale des Jahres 1993 ergab sich ein Plus von 20,8%. Der Hauptverband rechnet deshalb auch 1994 noch mit einem guten, aber abgeschwächten Wachstum der Wirtschaftsbauinvestitionen – und zwar

um real 15%. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Risiken der Wirtschaftsbaukonjunktur zugenommen haben.

Auch die Perspektiven für den ostdeutschen Wohnungsbau sind nach wie vor vielversprechend. Zwar werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1994 – bei realer Betrachtung – eher stagnieren; dies wird jedoch von einer Vielzahl positiver Faktoren, wie wir sie auch aus Westdeutschland kennen, ausgeglichen. Genannt seien hier nur das niedrige Zinsniveau, die Vorzieheffekte des auslaufenden Schuldzinsenabzugs, weitere Steuervergünstigungen sowie spezifische Förderungsprogramme des Bundes im Bereich der Plattenbausanierung. Der Hauptverband geht deshalb davon aus, daß der ostdeutsche Wohnungsbau 1994 überproportional wachsen wird – und zwar um real 35%. Die Zahl der Baugenehmigungen wird von 73000 im Jahre 1993 auf 95000 im Jahre 1994 zunehmen.

Demgegenüber wird der öffentliche Bau in seiner Dynamik 1994 weiter nachlassen. Der Bedarf an Infrastrukturinvestitionen ist zwar unverändert hoch; die ostdeutschen Länder und Gemeinden sind jedoch nicht in der Lage, diesen Bedarf aus eigener Kraft zu finanzieren:

□ Im Jahre 1994 wird das Defizit der ostdeutschen Länder und Gemeinden auf 38,5 Mrd. DM steigen; es ist damit fast so hoch wie das der Länder und Gemeinden in den alten Bundesländern (ca. 40 Mrd. DM).

□ Die Steuerkraft der ostdeutschen Länder und Gemeinden ist nach wie vor völlig unzureichend. Das Gewerbesteueraufkommen der ostdeutschen Kommunen pro Kopf der Bevölkerung liegt beispielsweise derzeit bei nur 10% des westdeutschen Niveaus.

Bislang ist diese noch immer völlig unzureichende Investitionskraft der ostdeutschen Länder und Gemeinden ohne Rückwirkung auf den

öffentlichen Bau in den neuen Bundesländern geblieben. Vor allem den Programmen der Bundesregierung zugunsten der neuen Bundesländer ist es zu verdanken, daß ein relativ hohes Auftragsniveau gehalten werden konnte. So lag die Summe der Auftragsingänge im dritten Quartal 1993 um 18,4% über dem Vorjahresergebnis. Für die ersten drei Quartale des Jahres 1993 errechnet sich ein Plus von 16%. Der Hauptverband

der Deutschen Bauindustrie geht davon aus, daß der Bund die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur in den Bundesländern auch weiter finanziell unterstützen wird. Wir erwarten deshalb für 1994 einen weiteren Anstieg des öffentlichen Bauvolumens von 10%.

Die deutsche Bauwirtschaft muß also 1994 mit einem gespaltenen Bauprodukt leben: In Westdeutschland werden wir uns aufgrund der

schwachen Entwicklung der öffentlichen Baunachfrage und der Wirtschaftsbauachfrage auf ein stagnierendes Bauvolumen einstellen müssen. Dagegen wird sich der Bauaufschwung in den neuen Bundesländern fortsetzen. Gestützt auf den Wohnungsbau wird das ostdeutsche Bauvolumen um real 20% zunehmen, allerdings vor dem Hintergrund deutlich zunehmender Risiken im Wirtschaftsbau.

Franz-Josef Wissing

## Elektroindustrie – Wege aus der Rezession

Die an dieser Stelle vor einem Jahr aufgeworfene Frage „Elektroindustrie – Konjunkturpause oder Rezession?“ ist beantwortet. Mit einem Produktionsrückgang um mehr als 10% gegenüber 1991 und dem Verlust von fast 150 000 Arbeitsplätzen befindet sich die Elektroindustrie am Ende des Jahres 1993 in der längsten und tiefsten Rezession seit der Währungsreform. Die konjunkturelle Schwächeperiode wird dabei überlagert und verstärkt durch zum Teil seit langem erkennbare strukturelle Probleme des Standortes Deutschland sowie durch die Herausforderungen, die sich für Unternehmen und Politik aus der Wiedervereinigung und der marktwirtschaftlichen Umgestaltung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ergeben. Rasche Fortschritte bei der Anpassung an die veränderten internationalen Wettbewerbsbedingungen sind erforderlich, wenn die für 1994 erwartete Erholung der Weltkonjunktur auch in der deutschen Elektroindustrie voll wirksam werden soll.

Für 1993 lassen die bisher vorliegenden Daten einen Rückgang der elektroindustriellen Hardwareproduktion in den alten Bundesländern um rund 7% erwarten. Anders als in den vorangegangenen Konjunkturzyklen

sind auch die Investitionsgütersektoren der Elektroindustrie mit einem Minus von 10% massiv betroffen. Gravierende Einbußen mußten insbesondere die von der privaten Investitionstätigkeit abhängigen Zweige der Elektroindustrie hinnehmen. In der Meß-, Regel- und Automatisierungstechnik, in der Antriebstechnik und der Datentechnik lag die preisbereinigte Produktion in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres um gut 13% unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die ausgleichenden Effekte, die noch im letzten Jahr von den Infrastrukturinvestitionen ausgingen, haben an Wirkung verloren. In der Nachrichtentechnik legte die Produktion zwar nochmals leicht zu, zugleich kam es aber zu einem massiven Preisverfall. In der Energieversorgungstechnik sank die inländische Produktion um gut 10%. Bei den Gebrauchsgütern mußten die Hersteller von Unterhaltungselektronik ihre Produktion in den ersten neun Monaten nochmals um rund 6% gegenüber dem Vorjahr einschränken; nachdem im Vorjahr ein Minus von über 20% zu verzeichnen war. Im Hausgerätesektor ging die preisbereinigte Produktion um über 7% zurück. Vergleichsweise stabil war mit einem Minus von knapp 3% die Produktion in der Beleuchtungstechnik.

Durch die im April 1993 wirksam gewordene Tarifierhöhung und durch die verzögerte Anpassung der Beschäftigungszahlen an die rückläufige Produktion kam es von Januar bis September zu einem Anstieg der Lohnstückkosten um rund 5% im Vergleich zum Vorjahr und zu einem Rückgang der Produktivität um rund 2%. Verstärkte Rationalisierungs- und Kostendämpfungsmaßnahmen führten jedoch im dritten Quartal zu einem Wiederanstieg der Produktivität und zu einer leichten Beruhigung des Lohnstückkostenanstiegs auf plus 1,5%.

Die Zahl der Beschäftigten in der westdeutschen Elektroindustrie ging seit Jahresbeginn um 63 000 auf 954 000 Ende September 1993 zurück; bis zum Jahresende ist ein weiterer Beschäftigtenabbau zu erwarten. Die Zahl der Kurzarbeiter lag im November mit knapp 70 000 weiterhin auf hohem Niveau.

In den neuen Bundesländern hat sich trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes die Situation der Elektroindustrie im Laufe des Jahres 1993 weiter stabilisiert. Hier lag die Produktion in den ersten drei Quartalen rund 5% über dem Niveau des Vorjahres. Diese Entwicklung wurde

wesentlich von Fortschritten in den am Ausbau der Infrastruktur beteiligten Sektoren Kommunikationstechnik, Verkehrstechnik sowie Energieerzeugung und -verteilung getragen. In den Konsumgütersektoren der Elektroindustrie und in der Antriebstechnik gab es dagegen auch weiterhin große Schwierigkeiten. Die Kapazitätsauslastung lag mit knapp 74% rund 4% unter der westdeutschen Vergleichszahl. Erhebliche Wettbewerbsnachteile gibt es auch weiterhin bei der Produktivität und den Lohnstückkosten. Die Zahl der Beschäftigten ist seit Jahresbeginn, bei einem Rückgang von rund 2000 auf 74500, relativ stabil.

Gute Fortschritte haben die Privatisierung und die Umstrukturierung in der Elektroindustrie gemacht. Rund drei Viertel der Mitgliedsunternehmen des ZVEI konnten privatisiert, rund ein Sechstel reprivatisiert werden. Nur noch rund 10% der Unternehmen befinden sich derzeit im Besitz der Treuhand. Rund drei Viertel der Beschäftigten in der ostdeutschen Elektroindustrie arbeiten in privatisierten Unternehmen. Immer stärker kommt es durch die Bildung kleiner und mittlerer Betriebe zu einer Angleichung der Strukturen. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen in die ostdeutsche Elektroindustrie wuchsen 1993 um 500 Mill. auf 1,5 Mrd. DM.

Für 1994 ist noch keine eindeutige Trendwende in Sicht. Die Entwicklung der Produktion im Verlauf des Jahres 1993 nährt jedoch die Hoffnung, daß die Talsohle der Rezession in den meisten Sektoren der Elektroindustrie mittlerweile erreicht ist. Lagen die Minusraten im Vorjahresvergleich zu Beginn des Jahres noch bei 10%, ergab sich im dritten Quartal nur noch ein Rückgang um knapp 6% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Vom zweiten zum dritten Quartal 1993 ging die Produktion nur noch leicht zurück.

Insbesondere bei der Investitions-

güternachfrage aus dem Ausland ist darüber hinaus eine Verfestigung der seit dem Frühjahr erkennbaren positiven Impulse zu verzeichnen. Im Branchendurchschnitt lagen die Auftragseingänge aus dem Ausland zwischen Juli und September um 7% über dem Vorjahresniveau. Für die ersten neun Monate ergab sich ein Plus von 2%. Insbesondere bei den als Frühindikator geltenden elektronischen Bauelementen konnten die deutschen Hersteller mit einem Plus von 18,5% zwischen Januar und September deutlich mehr Auslandsorders verbuchen. Bei Produkten für die Energietechnik (+ 10,8%) sowie in der Kommunikationstechnik (+ 4,8%) machen sich die Erfolge deutscher Bieter bei Infrastrukturvorhaben im Ausland bemerkbar. Die Auslandsorders in der Meß-, Regel- und Automatisierungstechnik sowie in der Datentechnik blieben dagegen nochmals hinter dem Vorjahr zurück. Die Auslandsnachfrage nach elektrotechnischen Gebrauchsgütern zeigte im dritten Quartal wieder nach unten, nachdem im zweiten Quartal ein leichter Zuwachs zu verzeichnen war.

Im Inlandsgeschäft überwiegen dagegen auch weiterhin ungünstige Perspektiven. Hier gingen die Auftragseingänge zwischen Januar und September gegenüber dem Vorjahr um fast 12% zurück, im dritten Quartal betrug der Rückgang 7,6%. Besonders massive Einbußen mußten die Hersteller von Meß- und Automatisierungstechnik (-24,8%), von Datentechnik (-15,7%), von elektrischen Antrieben (-13,6%) sowie von Unterhaltungselektronik (-12,9%) hinnehmen. In der Energieverteilung (-11,1%; drittes Quartal -4,4%) und in der Nachrichtentechnik (-15,5%; drittes Quartal -3,4%) hat sich der Negativtrend im Verlauf des Jahres 1993 abgeschwächt. Bei den Bauelementen (-10,7%; drittes Quartal + 5,6%) und in der Medizintechnik (-7,9%; drittes Quartal + 8,5%) liegt die Inlandsnachfrage

mittlerweile über dem Vorjahresniveau.

Vor diesem Hintergrund hängt die Entwicklung der Elektroindustrie im Jahr 1994 wesentlich davon ab, wann es wichtigen Abnehmerbranchen, wie dem Maschinenbau und der Automobilindustrie gelingt, wieder Tritt zu fassen. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen hierfür sind insbesondere im Ausland nicht ungünstig. Allerdings wird das grundsätzliche Interesse an deutschen Produkten immer häufiger mit dem Hinweis auf zu hohe Preise und ungünstige Finanzierungsbedingungen relativiert.

Aus heutiger Sicht zeichnet sich für 1994 eine Stabilisierung der westdeutschen Elektroproduktion auf dem Niveau des laufenden Jahres ab. Die Zahl der Beschäftigten wird weiter sinken. In den neuen Bundesländern ergeben sich neue Risiken aus der Verzögerung von Infrastrukturaufträgen. Hier sollten gerade die öffentlichen Auftraggeber alles tun, um durch eine antizyklische Politik Beschäftigung zu sichern und durch den Ausbau der Infrastruktur die Grundlagen für die künftige Entwicklung zu verbessern.

Entscheidend sind jedoch spürbare Fortschritte bei der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. In den Unternehmen der Elektroindustrie macht die Anpassung an die veränderten Wettbewerbsbedingungen gute Fortschritte. Zur Verringerung der Fertigungstiefe treten der Abbau von Hierarchien, die Dezentralisierung von Entscheidungen und die konsequente Nutzung der Chancen, die die Internationalisierung im Einkauf und im Vertrieb bieten. Mit hohem und weiter steigendem Aufwand für Forschung und Entwicklung versucht die deutsche Industrie darüber hinaus im internationalen Technologiewettbewerb ihre Spitzenposition zu halten. Mit rund 16 Mrd. DM kommen heute etwa ein Viertel des



FuE-Aufwandes der deutschen Wirtschaft aus der Elektroindustrie.

Immer häufiger führen die Anstrengungen der Unternehmen zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit jedoch zur Verlagerung von Aufgaben ins Ausland. Davon sind nicht nur Produktions-, sondern auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben betroffen. Insbesondere in den zentralen Wachstumsfeldern der Elektroindustrie, bei der Mikroelektronik und bei ihren wichtigsten Anwendungen in der Informationstechnik und in der Unterhaltungselektronik, besteht bereits seit längerem ein massives Außenhandelsdefizit. Gerade die konsequente Nutzung der Möglichkeiten der Elektronik beeinflusst jedoch wesentlich die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Maschinenbaus, der Automobilindustrie, großer Teile der Elektroindustrie und anderer Bereiche der Volkswirtschaft. Aus der Vernetzung der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Sektoren, die sich gerade in der Elektroindustrie manifestiert, ergeben sich wesentliche Konsequenzen für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik.

Im Mittelpunkt muß die Ausrichtung der standortbedingten Kosten auf die Bedingungen des internationalen Wettbewerbs stehen. Hier sind in erster Linie die Tarifpartner gefordert, sich bei ihren Tarifabschlüssen an den Veränderungen der weltweiten Wettbewerbsbedingungen zu orientieren. Aber auch in der Besteuerung der Unternehmen, in der Umweltpolitik und bei den Energiekosten bestehen schwerwiegende Wettbewerbsnachteile für den Standort Deutschland. Hierzu gehört der Abbau von Subventionen, die der Strukturkonservierung dienen, zugleich aber zu einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen und der Verbraucher mit Steuern, Abgaben und überhöhten Preisen führen. Das Standortpapier der Bundesregierung enthält eine Vielzahl denkbarer Maß-

nahmen. Sie müssen jedoch rasch und energisch umgesetzt werden, damit die schleichende Aushöhlung des Standortes Deutschland gestoppt wird.

Die zunehmende Internationalisierung des Wettbewerbs erfordert darüber hinaus die Sicherung eines fairen Wettbewerbes und die Herstellung gleicher Marktzugangsbedingungen. In Deutschland ist die von der EU angestrebte Öffnung der Märkte für Infrastrukturprodukte und andere öffentliche Aufträge besonders weit vorangeschritten, ohne daß den deutschen Unternehmen die ausländischen Märkte in gleicher Weise offenstehen. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse erschweren der deutschen Elektroindustrie den Zugang beispielsweise zu asiatischen und amerikanischen Märkten in besonderer Weise. Hier müssen die Bundesregierung und die EU bereit sein, sich mit geeigneten Mitteln für eine gleichgewichtige Marktöffnung einzusetzen und bei andauernden Wettbewerbsverzerrungen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Insbesondere in den Infrastrukturbereichen der Elektroindustrie, also in den Sektoren Telekommunikation, Energietechnik und Verkehrstechnik ist zudem eine politische Unterstützung der Exportanstrengungen der Industrie oft unverzichtbar. Hierzu gehört auch die Harmonisierung der Exportkontrollen für zivil und militärisch nutzbare Güter und anderer deutscher Selbstbeschränkungen im internationalen Handel mit den europäischen Standards.

Zur Zukunftssicherung für den Industriestandort Deutschland ist zudem eine zukunftsgerichtete Technologiepolitik unverzichtbar. Gerade in der Elektrotechnik werden die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf hohem Niveau weiter steigen. Die begrenzten Fördermittel des Staates müssen deshalb auf Hochtechnologiebereiche konzentriert werden, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Indu-

strie von weitreichender Bedeutung sein werden, um so den gesellschaftlichen Nutzen der Forschungsförderung weiter zu erhöhen. Für die Umsetzung neuer Produkte und Systeme in praktische Anwendungen sind darüber hinaus in vielen Feldern der Elektrotechnik und Elektronik staatliche Vorgaben und Infrastrukturen notwendig, die häufig aber viel zu spät kommen. So wird sich die für 1995 geplante Einführung des digitalen Hörfunks wegen der Finanznot der Rundfunkanstalten, aber auch wegen der noch ausstehenden Frequenzvergabe verzögern. Nicht nur hier droht ein technischer Vorsprung der deutschen Industrie durch langwierige bürokratische Hürden verlorenzugehen. Gerade für die konsequente Nutzung von Querschnitts- und Zukunftstechnologien, wie der Mikroelektronik, der Optoelektronik, der Energietechnik, der Verkehrstechnik und der Kommunikationstechnik, ist eine frühzeitige zielgerichtete Zusammenarbeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kräfte erforderlich. Hieran müssen sich Politik, Hersteller, Infrastrukturbetreiber und -anwender beteiligen und über ihren eigenen Bereich hinaus Verantwortung für die Innovationskraft und die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft übernehmen.

Auch in der Elektroindustrie hat die lang anhaltende wirtschaftliche Schönwetterperiode strukturelle Schwierigkeiten überdeckt oder ihre Lösung verzögert. Jetzt gilt es, rasch und energisch die notwendigen Schritte zur Sicherung der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit des Elektrostandortes Deutschland einzuleiten. Die absehbare Entwicklung des Weltmarktmarktes und die Stärken der deutschen Elektroindustrie insbesondere bei den Systemlösungen in der Energietechnik, Verkehrstechnik und Telekommunikationstechnik schaffen günstige Voraussetzungen dafür, daß die deutsche Elektroindustrie aus der gegenwärtigen Rezession gestärkt hervorgeht.

Hans-Jürgen Zechlin

## Die Erwartungen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus 1994

Die Ausrüstungsinvestitionen standen auch in diesem Jahr im Zentrum der Rezession. Besonders stark war der Einbruch der Investitionstätigkeit in der Industrie, die – direkt und indirekt – für über drei Viertel der Maschinennachfrage die entscheidende Vorgabe ist. Der Inlandsabsatz ging real um rund 14% zurück. Da es auch im Export wegen der andauernden Investitionsschwäche in Westeuropa Einbußen von real rund 6% gab, wird die Produktion 1993 in einer Größenordnung von 10% zurückgefahren. Das ist das größte Jahresminus der letzten vier Jahrzehnte. Es addiert sich zu dem Produktionsrückgang von 2% in 1991 und 6% in 1992.

Um dies durchstehen zu können, mußten die Firmen ihr Personal drastisch abbauen. Im Vergleich zum Beschäftigungshöhepunkt im letzten Boomjahr 1990 werden bis zum Jahresende 1993 allein in Westdeutschland rund 200 000 Arbeitsplätze aufgegeben. Das ist mehr als die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Stahlindustrie. Der lange, unerwartet steile Produktionseinbruch drückte die Arbeitsproduktivität ins Minus. Damit stiegen die Lohnstückkosten noch stärker, als es bereits von der Lohnentwicklung vorgegeben war. Angesichts der schwachen Nachfrage bestand aber keine Chance, diesen Kostendruck am Markt unterzubringen. Wen wundert es, daß sich vor diesem Hintergrund die Ertragslage erneut verschlechtert hat.

Auch in dem nun zu Ende gehenden Jahr gibt es im Maschinenbau beträchtliche Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen. Dies läßt sich am besten an der Kapazitätsauslastung ablesen: Deutlich un-

terausgelastet sind die Hersteller von Bergbaumaschinen, Landmaschinen und Ackerschleppern, Fluidtechnik, Präzisionswerkzeugen, Antriebstechnik und Werkzeugmaschinen. Diese Zweige hängen entweder einseitig von strukturschwachen Abnehmern ab, oder sie erfahren als Zulieferer innerhalb des Maschinenbaus eine verstärkte Rückkopplung. Am oberen Ende der Skala ist die Auslastung nur noch bei Hütten- und Walzwerkseinrichtungen, Nahrungs- und Verpackungsmittelmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, Allgemeiner Lufttechnik und Textilmaschinen allenfalls gut oder befriedigend. Das große Mittelfeld mit allen anderen Sparten steckt in der Unterauslastung.

Auch im Jahr 1994 stehen hinter der inländischen Maschinennachfrage noch viele Fragezeichen. Besser sind die Vorzeichen auf der Exportseite: Die Ausfuhr könnte erstmals seit 1989 etwas zulegen, wenn das Wachstum auf den Märkten außerhalb Westeuropas nicht mehr durch einen schrumpfenden Absatz in der EG und der EFTA kompensiert wird. Im günstigen Fall wird daraus ein kleines Produktionsplus von real bis zu 2%. Einiges spricht dafür, daß auch der ostdeutsche Maschinenbau auf der Talsohle angekommen ist und 1994 an diesem Zuwachs partizipieren kann. Wenn es so kommt, wäre 1994 ein Übergangsjahr zu besseren Zeiten. In den Folgejahren 1995 und 1996 sollte der Aufschwung schließlich doch an Fahrt gewinnen. Der Personalabbau im Maschinenbau wird gleichwohl noch eine Zeitlang weitergehen, auch wenn sich die Produktion gefangen hat.

Die Stärke der Rezession hat in den vergangenen zwei Jahren Zwei-

fel genährt, ob der Maschinenbau tatsächlich nur in einer konjunkturellen Krise steckt, oder ob der Einbruch nicht vielmehr zu einem großen Teil das Ergebnis massiver struktureller Defizite ist.

Wie in allen früheren Konjunkturzyklen war der Maschinenbau als reinrassiger Investitionsgüterhersteller Erst- und Hauptbetroffener des konjunkturellen Abschwungs. Deshalb war die Branche zunächst dem Vorwurf ausgesetzt, daß sie eigene, hausgemachte Probleme habe. Dieses hat sich inzwischen geändert: Der Maschinenbau steht nicht mehr allein! Das Augenmerk hat sich inzwischen auch auf andere Branchen verlagert, die wie der Straßenfahrzeugbau – wenn auch zeitverzögert durch die Sonderimpulse der Wiedervereinigung – nunmehr ebenfalls „ins Gerede“ gekommen sind. Das mag in der gegenwärtigen Situation tröstlich sein. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, daß es offenbar konjunkturelle und strukturelle Probleme gibt, die die gesamte deutsche Industrie betreffen.

Als Hauptursache der strukturellen Schwierigkeiten wird heute mehrheitlich die Kostensituation der deutschen Hersteller genannt – zu Recht. Auf die einzelnen Elemente der sich kumulierenden unternehmensbelastenden Faktoren habe ich an dieser Stelle bereits vor Jahresfrist hingewiesen. Sie haben als „Standortdebatte“ in der Zwischenzeit breiten Eingang in die politische Diskussion gefunden.

Ungeachtet dieser hausgemachten Probleme sollten wir aber auch einen kritischen Blick über die Grenzen unseres Landes werfen. Er lehrt uns, daß es viele Leidensgenossen gibt. In nahezu allen „alten“ Indu-

strieländern mußten die Investitionsgüterhersteller hohe Produktionseinbußen verkraften. Selbst die erfolgs- und -verwöhnten japanischen Maschinenbauer wurden nicht davon verschont. Dieser Einbruch ist in erster Linie Folge einer weltweiten Nachfrageschwäche, die in hohem Maße dem Investitionszyklus anzulasten ist. Jenseits aller zyklischen Entwicklungen ist er darüber hinaus aber auch ein Warnzeichen für den starken Strukturwandel, den die neue internationale Arbeitsteilung den etablierten Industrieländern abverlangt. Die Beschäftigung mit diesen strukturellen Entwicklungen ist nicht akademisch. Es gibt dramatische Änderungen, die noch nicht in erforderlichem Maße wahrgenommen werden.

Kernpunkt des weltweiten Strukturwandels ist die sich mit zunehmendem Tempo ändernde internationale Arbeitsteilung. Es sind nicht mehr nur die „Kleinen Tiger“ aus Fernost, die sich mit preiswerten Industrieprodukten Marktanteile erkämpfen. Hinzu gekommen sind die Produzenten aus Osteuropa, vorab jene aus der tschechischen Republik, in der die Maschinenbauproduktion eine große Tradition hat. Aber auch Polen, Ungarn und Slowenien reaktivieren zur Zeit – zum Teil mit deutscher Hilfe – ihre Fertigungskapazitäten und werden immer mehr zu ernstzunehmenden Konkurrenten.

Die Chancen dieser Länder in Fernost, aber auch direkt „vor unserer Haustür“ liegen nicht nur in ihren extrem niedrigen Lohnkosten begründet. Sie stoßen mit ihren Produkten zunehmend in Bereiche vor, die als Domäne der hochentwickelten Industrieländer gelten. Begünstigt werden sie dabei von folgenden Faktoren:

□ Technisches Wissen wird zunehmend zu einem mobilen Produktionsfaktor und kann fast genauso schnell international von einem Land

in das andere transferiert werden wie Kapital.

□ Industrieprodukte sind heute weitgehend genormt. Qualitätssicherungssysteme sorgen für eine gleichbleibende hohe Qualität bei Produktionsverlagerungen.

□ Ingenieure und Facharbeiter beispielsweise in Indien, Taiwan und Tschechien können deshalb, aber auch aufgrund ihrer verbesserten technischen Qualifikation ebenso hochwertige Industrieprodukte herstellen wie ihre zweifellos guten deutschen Kollegen.

□ Volumen und Vielzahl der Industrieprodukte, die auf dem Weltmarkt heute gehandelt werden, haben erheblich zugenommen. Marktkräfte, die über Jahrzehnte blockiert waren, brechen sich jetzt Bahn.

Verschärfend kommt hinzu, daß es den nachrückenden Industrienationen immer schneller gelingt, die Industrieprodukte der alten Industrieländer zunächst nachzuahmen und später sogar selbst weiterzuentwickeln. Die „Halbwertzeiten“ der Imitation von Industrieprodukten nehmen ab. Während Japan noch etwa 15 Jahre gebraucht hat, um modernste Industrieprodukte kopieren, selbst entwickeln und herstellen zu können, hatte sich dieser Zeitraum bei den „Kleinen Tigern“ schon auf rund zehn Jahre reduziert. Der Entwicklungsprozeß in China, teilweise auch in Indien, läßt vermuten, daß sich diese Spanne weiter auf nunmehr fünf Jahre halbiert hat.

Aus all dem läßt sich ableiten, daß es für die traditionellen Industrieländer keine technischen Monopole mehr gibt. Wir werden also künftig zunehmend auf Monopolprämien verzichten müssen. Kostennachteile am Standort alter Industrieländer lassen sich immer seltener und immer schwieriger über den Preis kompensieren. Dieser Trend läßt sich seit Jahren beobachten. Er schlägt sich

nieder in der von Zyklus zu Zyklus steigenden Sockelarbeitslosigkeit.

Die deutsche Industrie findet überall in der Welt verlockende Investitionsbedingungen vor, und sie wird sie nutzen müssen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will. Produktionsverlagerungen und international ausgerichtete Einkaufsaktivitäten stellen jedoch nicht für alle Unternehmen eine Lösung dar. Zudem gilt es zu beachten, daß industrielle Arbeitsplätze, die jetzt auswandern, auf Dauer wegfallen.

Das Kostenproblem muß deshalb aktiv auch vor Ort, in unserem Lande, angegangen werden, und zwar auf allen Ebenen und nicht nur kurzfristig. Die Mehrzahl der deutschen Maschinenhersteller hat bereits die „Ärmel hochgekrempelt“. Sie nutzen die Rezession zu einer Schlankheitskur und werden mit neuen Kosten- und Organisationsstrukturen sowie noch besseren Produkten in den kommenden Aufschwung gehen. Erfolg und Mißerfolg hängen aber zu einem nicht unbeträchtlichen Teil davon ab, wie es uns gelingt, die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland zu verbessern und ein positives Investitions- und Produktionsklima zu schaffen.

Die USA könnte dabei Orientierung zur Lösung der Probleme bieten: Zehn Jahre Verzicht auf reale Lohnsteigerungen, viele Jahre niedrige Kapitalkosten, der Wettbewerbssituation angemessene Wechselkurse und eine umfassende Deregulierung haben den Boden bereitet für einen zwar noch moderaten, dem internationalen Gleichschritt der Konjunktur gleichwohl entgegengerichteten Aufschwung. In Großbritannien gibt es vergleichbare Entwicklungen. Bleibt zu hoffen, daß in Deutschland die Zeichen der Zeit bald erkannt werden. Wir benötigen langfristige Weichenstellungen.